

# GREENPEACE

Greenpeace Member Nr. 04/20



Engagement  
Klagewelle in  
Strassburg  
S. 9

## Klimawandel im Bundeshaus

International  
Hitzewelle in  
Russland  
S. 12

Ein Geschenk für die Umwelt

Fehlt Ihnen noch ein Weihnachtsgeschenk? Dann bereiten Sie jemandem mit einer Geschenkmemberschaft von Greenpeace eine Freude.

So gehts



Editorial

Etwas mehr als ein Jahr ist es jetzt her, dass eine grüne Welle über das Bundeshaus schwappte, einiges an verstaubtem Altherren-Gedankengut aus dem National- und Ständerat hinausspülte und Platz für eine geballte Portion Frauenpower schuf. Die historische Klima- und Frauenwahl vom 20. Oktober 2019 machte seitdem vor allem eines: Hoffnung. Auf eine Schweiz mit es bitzeli weniger Klima-verleumdungs-Geplänkel und es bitzeli mehr Vulva-Empowerment. Auf höher gesteckte Klimaziele. Auf schneller umgesetzte Massnahmen. Und alles in allem auf ein bisschen mehr Feuer unterm Arsch, das das Bundeshaus nach dem Spül-gang gehörig zum Dampfen bringt.

Aber aus welchen Hoffnungen wurde in den letzten 14 Monaten tatsächlich Realität? Und wo hapert es noch? Diesen Fragen gehen wir in der aktuellen Ausgabe auf den Grund: Während sechs Monaten begleiteten wir zwei Nationalrätinnen bei ihrer Arbeit fürs Klima im Bundeshaus in Bern (S. 16). Wir erstellten mithilfe eines Profis gleich selbst ein Rezept, wie wir uns alle zukünftig mehr einbringen können (S. 30). Und wir baten die Wissenschaft und die Politik zu Tisch, um über ihre nicht immer ganz einfache Zusammenarbeit zu diskutieren (S. 31).

Einen spannenden Rückblick aufs Klima- und Frauenjahr 2020 wünscht Ihnen Ihre Redaktion.

Cover: Xaviera Altena ist freischaffende Illustratorin aus Rotterdam (NL). Sie interessiert sich für Musik der Neunzigerjahre, Kochen und soziale Fragen. Mit ihren Illustrationen möchte sie speziell Frauen ansprechen und einbeziehen. Sie ist überzeugt, dass man durch die Art und Weise, wie Geschichten erzählt und illustriert werden, die Welt verändern kann.

Inhaltsverzeichnis

Zwei Frauen mit Rat und Tat



Reportage  
Mattea Meyer (l.) und Franziska Ryser setzen sich im Nationalrat für Umweltpolitik mit Zukunft ein.  
S. 16

Das steckt dahinter  
Emanzipation in der Politik  
S. 29

Debatte  
Wie viel Einfluss der Forschung?  
S. 31

IMPRESSUM  
GREENPEACE MEMBER 4/2020

Herausgeberin/  
Redaktionsadresse:  
Greenpeace Schweiz  
Badenerstrasse 171  
Postfach 9320, 8036 Zürich  
Telefon 044 447 41 41  
redaktion@greenpeace.ch  
www.greenpeace.ch

Redaktionsteam:  
Danielle Müller (Leitung),  
Manu Hophan (Bildredaktion)  
Korrektorat/Faktencheck:  
Marco Morgenthaler,  
Danielle Lerch Süess  
Texte: Anja Conzett, Inna Hartwich,  
Marco Morgenthaler,  
Christian Schmidt  
Fotos: Joël Hunn, Anja Wille-Schori,  
Isabel Truniger  
Illustrationen: Andy Fischli,  
Jörn Kaspuhl  
Cover: Xaviera Altena  
Gestaltung: Raffinerie  
Bildbearbeitung: Marjeta Morinc  
Druck: Stämpfli AG, Bern

Papier, Umschlag und Inhalt:  
100 % Recycling  
Druckauflage: d 79 000, f 13 000  
Erscheinungsweise:  
viermal jährlich

Das Magazin Greenpeace geht an alle Mitglieder (Jahresbeitrag ab Fr. 84.-). Es kann Meinungen enthalten, die nicht mit offiziellen Greenpeace-Positionen übereinstimmen.

Stimmt Ihre Adresse noch? Planen Sie einen Umzug? Wir nehmen Änderungen gerne entgegen: schweiz@greenpeace.org oder 044 447 41 71

Spenden: Postkonto 80-6222-8  
Online-Spenden: www.greenpeace.ch/spenden  
SMS-Spenden: Keyword GP und Betrag in Franken an 488 (Beispiel für Fr. 10.-: «GP 10» an 488)

|                     |       |
|---------------------|-------|
| Aktion              | S. 4  |
| Fortschritt         | S. 6  |
| Taten statt Worte   | S. 7  |
| Engagement          | S. 9  |
| Rückblick           | S. 10 |
| Zahlen & Fakten     | S. 11 |
| International       | S. 12 |
| Reportage           | S. 16 |
| Das steckt dahinter | S. 29 |
| Rezept              | S. 30 |
| Debatte             | S. 31 |
| Aufgedeckt          | S. 33 |
| Mein grüner Wille   | S. 33 |
| Rätsel              | S. 34 |
| Schlusswort         | S. 35 |

Das Leben nach der ersten Coronawelle beginnt auf der Teufelsbrücke in der Schöllenschlucht. Was haben die Menschen in der Schweiz während des Lockdowns am meisten vermisst? Diese und andere Fragen stellte Greenpeace und bekam Antworten von über 6000 Personen. Nicht so sehr Läden und Reisen, aber Umarmungen schon, kam als Aussage. Die Genfer Sängerin Licia Chery vertonte die Antworten und nahm einen Song auf, der an die Wände der Schlucht projiziert wurde.



## Sieg für Mehrweg

Zu Beginn der Corona-Pandemie sah man in den Gesichtern der Schweizer\*innen vor allem die hellblaue Einwegmaske. Eine zusätzliche Belastung für die Umwelt, weshalb Greenpeace Schweiz den Bund dazu aufforderte, korrekt hergestellte und als sicher eingestufte Textilmasken als Standard zu empfehlen. Die Reaktion der Corona-Taskforce kam prompt, und auf der BAG-Website werden seither die OP-Einwegmasken nur noch Menschen mit Symptomen einer Atemwegserkrankung speziell empfohlen. Ein erfreulicher Beschluss für die Umwelt.



## Niederlage für Kohlesektor

Nach monatelangem Druck von Greenpeace Italien und vielen weiteren europäischen NGOs erklärte die italienische Grossbank UniCredit, sich endlich aus dem Kohlegeschäft zurückzuziehen. Die Bank finanziert etliche Kohleprojekte und -unternehmen und gilt daher als einer der grössten Umweltverschmutzer Italiens. Nun hat sie vor, dem Kohlesektor bis 2028 komplett den Rücken zuzukehren. Ein Ziel, das sich der Schweizer Finanzplatz zum Vorbild nehmen muss.

Bild: © Greenpeace/Alessandro Vona



## Niederlage für T(h)unichtgut

Das taiwanische Unternehmen FCF ist einer der grössten Thunfischhändler der Welt. Und einer der umstrittensten: Immer wieder werden ihm unrühmliche Praktiken wie Haifischfang und Zwangsarbeit vorgeworfen. Belege dazu lieferte jüngst der «Choppy Waters»-Report von Greenpeace East Asia im März 2020. Der Bericht hat die internationale Investmentgruppe AFT Holdings dazu veranlasst, das Dienstleistungsmanagement für Thunfisch-Verarbeitungsanlagen von FCF einzustellen. Ein erster Schritt in Richtung nachhaltiger (Thun-)Fischfang.

Bild: © Greenpeace/Mark Smith



## Sieg für Demonstrationsrecht

Schauplatz: eine Bohrinself in der Nordsee, nahe der niederländischen Insel Schiermonnikoog. Im Februar 2018 kletterten Freiwillige von Greenpeace Niederlande mit Aktivist\*innen aus ganz Europa darauf, um gegen Ölbohrungen zu protestieren. Der niederländische Staat verklagte die Kletter\*innen wegen Sicherheitsverletzung. Bereits 2019 wies ein Gericht die Klage zurück und sprach alle Aktivist\*innen frei, doch die Niederlande gingen in Berufung. Im Juni 2020 kam die Erleichterung: Das Amtsgericht bestätigte den Freispruch der Beteiligten. Ein Urteil, das Demonstrierenden weltweit Mut macht.

Bild: © Greenpeace/Bas Jongerius

## «Es gibt kein Zurück mehr»

Markus Leupp,  
Mitgründer  
des Klimapavillons



Hier gehts  
zum  
Klimapavillon



Text: Eva-Maria Schleiffenbaum

Zwei Söhne, eine Tochter, Softwareingenieur, ein Haus in Bülach. «Das ganz normale Komfortleben habe ich geführt», sagt Markus Leupp. Bis seine Partnerin der Umwelt zuliebe vor acht Jahren auf Fleisch verzichtete. Da recherchierte Markus Leupp über Auswirkungen der Massentierhaltung aufs Klima. «Das war der erste Schritt. Seither gibt es kein Zurück mehr.» Heute arbeitet Markus Leupp neunzig Prozent, damit ihm genug Zeit für den Umweltschutz bleibt. Seit zwei Jahren reist er nur im Zug, selbst wenn alle anderen zum Geschäftstermin fliegen. Oft kann er sein technisches Know-how als Aktivist einbringen: Er entwickelte die Website des Klimapavillons, des neuen Treffpunkts der Zürcher Klima-

bewegung. Sechzehn Organisationen haben sich zusammengetan, seit Juli beleben sie den ehemaligen Kiosk am Werdmühleplatz mit Aktionen und Installationen. Eine der ersten Installationen stammt von Markus Leupp und einem Tüftler der Zürcher Greenpeace-Regionalgruppe, der beide angehören: Zwei Motoren setzen die Konstruktion in Bewegung und transportieren von der Bank «Carbon Suisse» Hunderternoten in einen Ölkonzern, neben dem eine Ölpumpe unablässig auf grünen Grund schlägt. Ein Sinnbild der Volksbeschwerde, für die sie Unterschriften sammelten, damit Banken aus dem Geschäft mit fossilen Energien aussteigen.

Das Bankenviertel liegt direkt um die Ecke. «Es war schwierig, hier ein offenes Ohr zu finden. Alle sind extrem busy», sagt

Markus Leupp. Notabene ist er das als Vater dreier Teenager auch. Seine Kinder aber sind einer der Gründe für sein Engagement, das ihn manchmal neben dem Job an die Grenzen bringt. «Ich kann mich nicht mehr zurücklehnen und denken: Sollen andere für mich die Welt retten», erklärt der 49-Jährige. Manchmal dünkt ihn, der Menschheit sei egal, dass aus Egoismus alles den Bach runtergeht. «Jeder, der ein bisschen Zeit und Energie hat, sollte versuchen, dagegen anzukämpfen», ist er überzeugt. «Wie in der Klimabewegung, da sagen ganz viele Menschen: «Hey nei, so gehts nicht.» Das macht mir Mut.»

Illustrationen Seite 7/8: Jörn Kaspuhl schloss 2008 sein Studium an der Universität in Hamburg als Illustrator ab. Heute arbeitet er in Berlin.

# «Ich ziehe den Hut vor meinen Kindern»

Petra Schmid,  
Initiatorin und  
Mitgründerin der  
Gruppe «Eltern  
fürs Klima»



Mehr Infos  
zur Gruppe



Text: Urs Wittwer

«Ich war schon immer ein Mensch, der vor Ideen nur so sprudelt», erzählt Petra, etwas versteckt hinter einer Sonnenbrille. Die Nacht zuvor war eher kurz: Petra verbrachte sie in Bern, wo die Klimajugend den Bundesplatz besetzt hielt. «Als Kind wurde ich für meine Fantasie eher getadelt. Einen Baum auch mal blau zeichnen? Das geht doch nicht, Petra!» Heute aber weiss sie, dass genau dieses Vorstellungsvermögen und der Ideenreichtum ihr grösster Schatz sind, um bei «Eltern fürs Klima» viel zu bewegen. Petra ist Initiatorin, Mitgründerin und eine treibende Kraft der Gruppe, die zum Ziel hat, möglichst viele Erwachsene zu vernetzen und fürs Klima-Engagement zu begeistern.

Die «Eltern fürs Klima» sind überzeugt, dass nur die Politik es richten kann: «Klar können Menschen ihr Verhalten ändern, nur geht das zu langsam, es bleibt uns schlicht keine Zeit mehr. Deshalb setzen wir auf die politischen Prozesse, die unser Handeln über Regeln und Gesetze in die richtige Richtung lenken sollen.» Und dafür braucht es viele überzeugte Menschen, aus allen Gesellschaftsschichten, von jeglicher politischen Couleur.

Die Klimajugend ist das grosse Vorbild für Petra: «Ich ziehe den Hut vor meinen Kindern und den Klimajugendlichen. Was die auf die Beine stellen, wie toll die miteinander umgehen und mit welcher Lebensfreude, welchem Optimismus, das ist einmalig.» Petra ist stolz auf ihre zwei sehr engagierten Kinder im Teenager-

alter; sie waren es, die Petra den Mut gaben, ihre Idee anzupacken. «Gopf, das müssen wir doch auch hinkriegen», ging Petra durch den Kopf. Ihre Tochter zeigte ihr, wie man per Handy eine Idee an viele Menschen sendet. So wurde die Gruppe vor rund zwei Jahren ins Leben gerufen, und heute engagieren sich bereits über 2000 Menschen darin. Das hilft Petra, den Mut trotz aller Ungewissheiten nicht zu verlieren. «Indem wir handeln, beweisen wir, dass wir etwas tun können. Das ist tausendmal besser, als zu resignieren», ist Petra überzeugt. Kein Wunder, hängt in ihrer Küche eine Postkarte mit dem Motto «Never give up!».

# «Politiker\*innen machen ihren Job nicht»

Sie könnten sich zurücklehnen und sich von der jahrelangen Bütz erholen. Die KlimaSeniorinnen denken aber nicht daran: Unermüdlich kämpfen sie seit 2016 für mehr Klimagerechtigkeit. Aktuell liegt ihre Klage dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vor.

Text: Eva-Maria Schleiffenbaum



Anne Mahrer ist seit 52 Jahren Aktivistin. Ihre Energie sprüht sogar durch den Bildschirm hindurch, vor dem sie coronabedingt die Klimaklage erläutert. «Wir brauchen mutigere Richter\*innen», sagt Anne Mahrer. Das Bundesgericht hat die Beschwerde der KlimaSeniorinnen abgewiesen. Es bleibe noch genügend Zeit, um die Erderwärmung zu senken, lautete einer der Gründe. «Dabei ist es ein Notfall!», sagt die 72-Jährige. So ist den betagten Aktivistinnen nichts anderes übrig geblieben, als im Oktober den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg aufzusuchen.

Zusammen mit rund 1800 pensionierten Frauen kämpft Anne Mahrer für ein verschärftes Schweizer CO<sub>2</sub>-Gesetz. Es brauche entschiedenere Massnahmen – öffentliche Verkehrsmittel müssten als Standard gefördert oder Investitionen in fossile Energien gestoppt werden. Warum der juristische Weg? «Weil wir politisch schon alles Mögliche probiert haben», so Mahrer, die als Grünen-Nationalrätin amtierte. «Politiker\*innen machen ihren Job nicht, um das Pariser Abkommen zu erreichen und so unsere Grundrechte auf Leben und Gesundheit zu wahren.»

Die engagierten Frauen taten sich 2016 mit Unterstützung von Greenpeace zusammen, mit



Anne Mahrer als Co-Präsidentin. Die zunehmenden Hitzewellen treffen ihre Altersgruppe besonders hart. «Gleichzeitig haben wir Alten während Jahrzehnten viel kaputt gemacht. Mit unserem Lebensstil, dem vielen Fliegen und Öl. Wir müssen auch für die Jungen handeln», sagt die zweifache Mutter und Grossmutter eines 15-jährigen Mädchens.

Anne Mahrer hat den «ehrlichen, spannenden» Austausch mit Jugendlichen schon früher, als Bibliothekarin einer Sekundarschule, geschätzt. Heute trifft sie an Vorträgen und Demonstrationen auf Klimajugendliche. Sie bekräftigen sich gegenseitig, manch einer hat sich für die Klage bedankt. Mut schöpfen sie beide, Junge und Alte, durch erfolgreiche Klimaklagen wie jene in der Niederlande. «Es ist ein langer Weg. Der Gerichtshof wird erst in drei, vier Jahren entscheiden», sagt Anne Mahrer. «Aber wenn wir gewinnen, dann gewinnt ganz Europa.»



Die Genferin Anne Mahrer ist Co-Präsidentin des Vereins KlimaSeniorinnen. Ihre Klimaklage soll ein strengeres CO<sub>2</sub>-Gesetz für die Schweiz erwirken, das mit der Erwärmung auf deutlich unter 2°C einhergeht. Nach Ablehnung am Bundesgericht liegt die Beschwerde seit Oktober dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg vor.

Nichts 🐒, nichts 🐒,  
nichts 🐒

Drei überdimensionale Affenköpfe zogen Ende September durch Bern. Geldnoten versperrten dem einen die Sicht, verstopften dem nächsten die Ohren und dem dritten den Mund. Denn ganz nach dem Motto «Nichts hören, nichts sehen und nichts sagen» unterstützt der Schweizer Finanzplatz eine Erderwärmung von 4 bis 6 Grad Celsius. Dem sollten Behörden und Bundesrat mit ihrer Aufsichtspflicht entgegenwirken, statt auf freiwillige Selbstregulierung zu setzen. Greenpeace Schweiz hat genug von dem Affen-

theater und reichte am 15. Juli eine Aufsichts-  
beschwerde bei den Behörden ein. Um dieser  
Nachdruck zu verleihen, unterzeichneten  
23768 Schweizer\*innen eine parallel lancierte  
Volksbeschwerde. Am 23. September über-  
reichten Greenpeace-Freiwillige inklusive der  
drei Affenköpfe die gesammelten Unter-  
schriften beim Bundesrat und Parlament in  
Bern – mit der Hoffnung, dass der Finanz-  
platz und die Aufsichtsbehörde ihrer Verant-  
wortung endlich nachkommen und zukünftig  
hinsehen, zuhören und handeln.



Bild: © Greenpeace/Ex-Press/Severin Nowacki

# Ein Haufen G(r)üsel



Rund 20 Millionen Aufräumer\*innen weltweit befreien die Natur am «World Cleanup Day» mit Handschuhen, Müllsäcken – und in diesem Jahr Gesichtsmasken – von Abfall. So traf sich am 19. September auch in Zürich ein 31-köpfiges Putzteam von Greenpeace Schweiz am Limmatufer zum Fötzeln. Nach nur einer Stunde hatten die fleissigen Helfer\*innen bereits über 50 Kilo Abfall angehäuft, darunter viele Bierdosen, Plastikflaschen und Zigistummel. Igitt!

Den Güsel lediglich zu sammeln, ist Greenpeace aber nicht genug. Die Organisation ordnet den Plastikabfall anschliessend den Marken zu, führt einen sogenannten «Brand Audit» durch. Die Ergebnisse fliessen in den internationalen Report ein, der so die grössten Kunststoff-Verschmutzer weltweit aufzeigt. 2019 hat es Coca-Cola an die Spitze geschafft. Auch am Limmatufer geht Platz 1 an den Getränkehersteller. Wenig überraschend: Coca-Cola schweigt weiterhin beharrlich zur eigenen Abfallverschmutzung. Was für ein Grüsel.

**Hier Plastik-  
petition unter-  
zeichnen**



Bild: © Greenpeace/Ex-Press/Elurin Bertschinger

## 2 Grad Celsius

Seit 1864 gibt es in der Schweiz Langzeitmessungen des hiesigen Klimas. Die zeigen, dass die Sonnenscheindauer seit 1980 um rund 20 Prozent gestiegen ist. Ausserdem hat die bodennahe Lufttemperatur in den letzten 150 Jahren um rund 2 Grad Celsius zugenommen.

## Plus 30 Prozent

Auch Starkniederschläge nehmen seit 1901 zu, und zwar um 30 Prozent. Der starke Regen hat seit damals ebenfalls in seiner Intensität um 12 Prozent zugelegt. Zudem regnet es im Winter seit Messbeginn um 20 bis 30 Prozent häufiger.

## 2 bis 4 Wochen

Die Vegetationsperiode, also die Zeitspanne, in der klimatische Gegebenheiten das Pflanzenwachstum zulassen, ist in der Schweiz um 2 bis 4 Wochen länger als noch 1961.

# Minus 50 Prozent

Die jährlichen Schneefalltage haben sich seit 1970 drastisch verringert: Ab 2000 Metern über Meer ist ihre Anzahl um 20 Prozent gesunken, unterhalb von 800 Metern über Meer sogar um 50 Prozent. Und auch die Alpenglätscher verschwinden je länger, je mehr, ihr Volumen hat sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts um 60 Prozent verkleinert.

## 300 bis 400 Meter

Die Nullgradgrenze, also die Höhe in der Atmosphäre, in der die Temperatur 0 Grad Celsius beträgt, klettert jährlich höher. Seit 1961 hat sie sich ganze 300 bis 400 Meter in die Höhe verschoben.

Quelle: National Centre for Climate Services (NCCS), [www.nccs.admin.ch](http://www.nccs.admin.ch)

# GEGEN DIE VERNUNFT

Der Permafrost taut, die Temperaturen steigen so schnell wie nirgendwo, die Wälder brennen: Russland spürt die Auswirkungen des Klimawandels immer stärker. Das Thema aber ist den meisten im Land fern. Warum, erklärt Wassili Jablokow, Klimacampaigner bei Greenpeace Russland.



Norilsk, mit 175000 Einwohnern die nördlichste Grossstadt der Welt, liegt in der zusammenhängenden Permafrostzone und ist die am stärksten verschmutzte Stadt in Russland.



In ganz Sibirien tauen wegen der Klimaerhitzung die Permafrostböden tiefer als bisher auf. Viele Gebäude auf Stützen, die in den gefrorenen Boden gerammt sind, sacken deshalb ab.

Autorin: Inna Hartwich  
Fotografie: Dmitry Sharomov / Greenpeace

## Wassili Jablokow, warum sprechen die Menschen in Russland kaum über den Klimawandel?

Das menschliche Gehirn ist so beschaffen, dass es Veränderungen wie die des Klimas nicht aufnehmen will. Denn sie geschehen über eine lange Zeit hinweg. Das Problem, das da ist und nicht einfach verschwinden wird, wenn wir nichts tun, ist fern. «Warum sollten wir uns denn jetzt Sorgen machen?» So denken viele, nicht nur in Russland. Ihnen fehlt schlicht die Information über die Veränderungen des Klimas. Und da fängt unsere Aufgabe an: aufklären, den Menschen Instrumente an die Hand geben, dass sie doch etwas ändern können. Dass sie ihr Haus mit Wärmedämmung versehen, dass sie ihren Fleisch-

konsum reduzieren, dass sie ihre Flugreisen überdenken können. Unsere Gesellschaft ist noch nicht klimabewusst, viele winken ab, weil sie andere Sorgen haben.

## Warum gestaltet sich die Aufklärung so schwierig?

Wir lernen weder in der Schule noch an der Uni etwas über den Klima-

wandel. Das Thema ist einfach nicht vorhanden. Da liegt es nahe, dass eine fatalistische Haltung, Verleugnung, Verschwörungstheorien überhandnehmen können. Das Thema Klimawandel ist erst im vergangenen Jahr in die russische Gesellschaft eingedrungen. Plötzlich benutzen Influencer hin und wieder den Begriff, Beamtinnen weisen darauf hin, auch unser Präsident



Die ökologischen Probleme sind zum grössten Teil auf die Bergbau- und Hüttenwerke von Norilsk zurückzuführen.



Die arktische Sonne im Smog von Norilsk. Die Nickelhütte in Norilsk gilt als grösster einzelner Luftverschmutzer der Erde.



Um die Bodenschätze wie Nickel-, Kupfer-, Kobalt- und Platinerze sowie hochwertige Steinkohle nutzbar zu machen, beschloss das Politbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Jahr 1935, in Norilsk einen Industriestandort zu gründen.

Wladimir Putin spricht über Klima-veränderungen. Zumindest spricht er dieses Wort aus und gesteht ein, dass Russland stark davon betroffen ist. Zuvor hat man das Thema vollkommen ignoriert, nahezu niemand schien es zu verstehen. Wir sind dem Diskurs im Westen weit hinterher. Immerhin: Mittlerweile gibt es hier einen Trend für Ökologie. Als nächsten Schritt wünschen wir uns einen Trend fürs Klima.

## Und was macht die Regierung?

Sie sagt natürlich, dass sie im Kampf gegen die Klimaveränderungen etwas unternimmt. Aber selbst die Worte sind noch nicht besonders überzeugend. Geschweige denn die Taten. Russland stellt sich auf den Standpunkt, dass der wirtschaftliche Aufschwung mit CO<sub>2</sub>-Emissionen zusammenhängt. Unsere Regierung sieht den wichtigsten Wirtschaftszweig in der Gewinnung von Öl und Gas. In erneuerbare Energien wird kaum investiert. Während in Deutschland zum Beispiel 38 Prozent des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien stammen – die Wasserkraft nicht mitgerechnet –, sind es in Russland gerade einmal 0,2 Prozent. Ein kolossaler Unterschied.

## Russland hat das Pariser Klimaabkommen ratifiziert. Wie setzt es das um?

Ich fürchte, dass die wenigsten im Apparat gelesen haben, was darin tatsächlich verzeichnet ist. Anstatt die Emissionen zu senken, plant Russland bis 2050 mit höheren Emissionen. Man nennt das natürlich nicht «Erhöhung». Man zieht einfach Vergleichszahlen von 1990 heran und sagt, seitdem seien die Emissionen bereits um 50 Prozent reduziert worden. Was keineswegs mit irgendwelchen Klimaabkommen zusammenhängt, sondern mit dem wirtschaftlichen Einbruch



Seit 2001 dürfen Ausländer\*innen nur noch nach Norilsk, wenn eine Genehmigung der Stadtverwaltung und des Nickelwerks vorliegt.

nach dem Ende der Sowjetunion. Und da wir ja einen so hohen Beitrag bereits geleistet hätten, könnten wir nun höhere Emissionen vertreten. Das ist die Argumentation. Völlig widersprüchlich. Und völlig gegen die Vernunft. Für Russland ist der Kampf gegen den Klimawandel eines der letzten Themen auf der Agenda.

## Dabei spürt das Land die Auswirkungen des Klimawandels sehr stark. Wie äussert sich das?

Wir merken das vor allem in der Arktis. In Werchojansk, eigentlich dem kältesten bewohnten Ort der Erde, wurden in diesem Sommer 38 Grad gemessen. Der Permafrost taut sehr schnell auf. Das führt zu solchen Katastrophen wie in Norilsk, wo in diesem Sommer aus einem Tanklager über 20 000 Tonnen Diesel ausgetreten sind. Speziell in Norilsk aber weiss man, dass es Klimaveränderungen gibt. Man hätte nicht darauf hoffen dürfen, dass gerade an der Stelle, wo die Umweltkatastrophe passiert ist, der Permafrostboden nicht tauen würde. Man hätte frühzeitig in Infrastruktur investieren müssen, weil es die Eismelze gibt. Aber man lebt weiter nach der Devise: Unser Dach ist undicht, lasst uns nach einem passenden Becken suchen. Dabei müssten wir längst das Dach reparieren. Die

grundsätzlichen Probleme versteht die Regierung nicht.

## Welche Auswirkungen hat der Unfall auf die Norilsker\*innen?

Da bin ich vielleicht ein wenig zynisch. Aber Norilsk ist seit Langem eine Umweltkatastrophen-Zone, die Stadt ist geradezu ein Synonym für Umweltkatastrophen. Es kommt ständig zu ökologischen Notfällen. Die Stadt lebt von den Interessen des Bergbauunternehmens Norilskel. Mensch, Tier und Natur leiden an den Verschmutzungen. Die neuerliche Katastrophe war aber eine Art Denkanstoss für all die anderen angesammelten Umweltschäden, die wegen maroder Infrastruktur chronisch sind im Land. Das deutlichste Zeichen dabei war die Strafe, die die Naturschutzaufsichtsbehörde gegen Norilskel verhängt hatte, die höchste bei solchen Vergehen überhaupt. Ein Präzedenzfall, der zeigt, dass das Problem angekommen ist.

Autorin: Inna Hartwich hat sich nach ihrem Studium nach Moskau aufgemacht, um aus Russland und den Ex-Sowjetrepubliken über Politik und Alltag der Menschen zu berichten. Nach Stationen in Peking und Berlin ist sie seit März 2018 zurück in Moskau und widmet sich wieder dem politischen und gesellschaftlichen Leben Russlands.



Reportage

# ZWEI FRAUEN MIT RAT UND TAT

Sie sind jung, sie sind weiblich, sie sitzen im Nationalrat – und sie setzen sich für eine Umweltpolitik mit Zukunft ein. Wie Franziska Ryser und Mattea Meyer in Bern die Schweizer Politik prägen.

Mattea Meyer  
im Wolfensberger  
Wald oberhalb  
von Winterthur.

Text: Anja Konzett  
Fotografie: Joël Hunn

Aus den Zelten kriechen kurz vor Mittag verschlafen die letzten Bewohner, vor den Bio-Plumpsklos bildet sich eine Schlange, unter den Unterständen aus Holz und Planen versammeln sich Menschen zu Gitarrenmusik und Diskussionsrunden, Wegweiser führen zu Verpflegung, Care-Stationen, Infoständen. Nein, kein Festival und auch kein Pfadilager: Es ist eine Demonstration. Und sie findet nicht irgendwo auf einer Wiese statt, sondern im Herzen der Stadt Bern; auf dem Bundesplatz. Die Klimajugend protestiert – direkt vor dem Bundeshaus.

Es ist einer dieser Momente, die Geschichte schreiben könnten. Und mittendrin sind zwei Frauen, die eigentlich zur Welt hinter den Mauern des altherwürdigen Parlamentsgebäudes gehören. Und doch irgendwie auch zur Welt, die davor aus Protest biwakiert.

Mattea Meyer, 33 Jahre alt und seit fünf Jahren Nationalrätin für die SP, und Franziska Ryser, 29 Jahre alt und seit einem Jahr Nationalrätin für die Grünen, stehen gemeinsam für einen historischen Wandel im Schweizer Parlament – herbeigeführt von den letzten Wahlen. Selten war das Bundeshaus jünger, nie war es weiblicher und kaum je umweltbewusster, als es heute ist. Wer sind die beiden Frauen, die diesen Wandel verkörpern? Und was können sich die Schweiz und die auf dem Bundesplatz protestierende Klimajugend von ihnen versprechen?

### Keine Klima-, aber Umweltpolitikerinnen

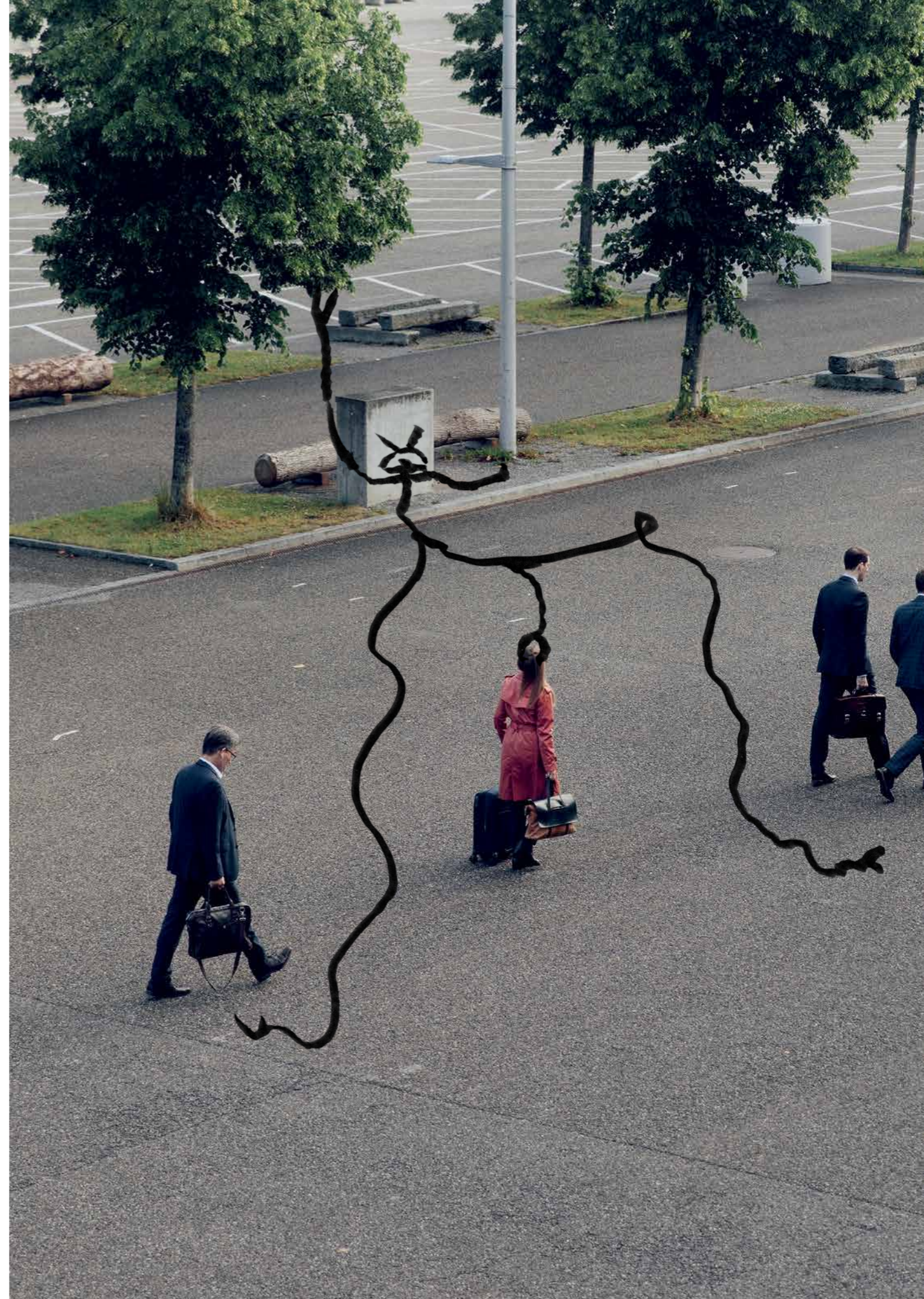
Es ist Mittwoch, eine Woche vor der Demonstration. Die Herbstsession ist in vollem Gange, und Mattea Meyer kann einen Sieg verbuchen: Selbstständige, die aufgrund der Corona-Pandemie kaum Einkommen haben, sollen auch weiterhin Anspruch auf Erwerbsersatz haben.

Kaum ein Thema hat Meyer seit dem Lockdown so beschäftigt wie die Selbstständigen. Über Monate hat sie mit Betroffenen korrespondiert. Jetzt ist ihr gelungen, das Kernanliegen sowohl in der Kommission als auch im Nationalrat durchzusetzen – gegen den Widerstand des Bundesrats und anfänglich auch der bürgerlichen Parteien, die sich schliesslich vom öffentlichen Druck und den Argumenten überzeugen liessen. Es ist ein Coup.

«Dieses eine Jahr mit dem neuen Parlament macht mehr Spass als die letzten vier Jahre zusammen», sagt Meyer lächelnd in einer ruhigen Minute, von denen sie an diesem Nachmittag nicht viele hat: Immer wieder tippt ihr jemand auf die Schulter, hat jemand noch eine Frage wegen der Feinarbeit des Textes.

Meyer ist an diesem Morgen um sechs Uhr aus dem Haus gegangen – während der Session verbringt sie die Dienstagabende jeweils in Winterthur mit ihrer dreijährigen Tochter. Doch von Müdigkeit keine Spur. Souverän, geduldig, freundlich erklärt sie

Die grüne  
Nationalrätin  
Franziska Ryser  
auf dem Weg  
ins Bundeshaus.



Oben:  
Franziska Ryser an ihrem  
Arbeitsort, dem Rehabilita-  
tion Engineering Lab der  
ETH Zürich.

Unten:  
Franziska Ryser verlässt  
den Nationalratssaal.  
Das Wandbild des Genfers  
Charles Giron zeigt  
das Rütli.



den fragenden Ratskolleginnen, wie, wo und was. Mattea Meyer ist längst ein Schwergewicht in der Schweizer Politik – respektiert auch von den Gegnern, die sie fürchten. Bald wird sie zusammen mit Cédric Wermuth das Präsidium der SP übernehmen.

### Zurückhaltung ja, Unsicherheit nein

Franziska Ryser ist vergleichsweise eine Newcomerin: seit einem Jahr für St. Gallen im Nationalrat und gleichzeitig eine der jüngsten Parlamentarierinnen. «Es braucht einen Moment, bis man sich an den Betrieb hier gewöhnt hat. Mir fehlt manchmal die Erfahrung, die andere haben», sagt Ryser und wirkt dabei nicht unsicher, sondern selbstbewusst im besten Sinn.

Für Unsicherheit besteht auch kein Grund – auch wenn sie im Rat im Zweifel Zurückhaltung übt, hat sich Ryser bereits einen Namen gemacht: Im Sommer ist sie ins Vizepräsidium der Grünen gewählt worden und hat intensiv am neuen Strategiepapier der Grünen, dem «Green New Deal», mitgearbeitet, das sie der Partei auch gleich vorgestellt hat und für das sie die Basiskampagne führt. Daneben bestreitet die Maschinenbauingenieurin ein Doktorat an der ETH – Spezialgebiet Bio-Medical Engineering – und sitzt im Verwaltungsrat des familieneigenen Optikergeschäfts.

Auch ausserhalb der Parteiarbeit macht sich Ryser einen Namen: tritt an prominenten Podien auf wie unlängst in der Abstimmungs-«Arena» über die Kinderabzüge bei der direkten Bundessteuer. Im öffentlichen Auftritt ist sie wie im Gespräch: konzentriert, informiert, die blauen Augen weit offen und immer auf das Gegenüber gerichtet. Ryser und Meyer kämpfen im Rat nicht federführend, wenn es um konkrete Naturschutzmassnahmen wie das CO<sub>2</sub>-Gesetz geht, das der Klimajugend unter den Nägeln brennt. Ihre Schwerpunkte liegen bei Finanzpolitik, Wirtschaft, Steuern, sozialer Sicherheit. Keine klassischen Klimapolitikerinnen. Trotzdem machen die beiden, wie sie sagen, Umweltpolitik. Wenn auch erst auf den zweiten Blick.

### Unterschiedlicher Auftritt, gleiches Ziel

Meyer war vier Jahre in der Finanzkommission, ehe sie vor einem Jahr in die Kommission für Gesundheit und Soziales wechselte. Ökologisches Denken ist für sie untrennbar von sozialem Denken. «Wenn wir menschliche Bedürfnisse ignorieren, bringen auch die schönsten Klimagesetze nichts – ohne soziale Gerechtigkeit kann es auch keine Klimagerechtigkeit geben», sagt sie. Für Meyer ist es unabdingbar, den Finanzplatz Schweiz zur Verantwortung zu ziehen. Zum Beispiel, indem man Schweizer Banken verpflichtet, nur noch in umwelt- und sozialverträgliche Projekte zu investieren.

In genau diese Richtung konnte Franziska Ryser vor Kurzem einen Etappensieg erringen – sie setzte innerhalb der Wirt-



Schutz vor Coronaviren:  
die beiden National-  
rätinnen in der Wandel-  
halle des Bundeshauses.

schaftskommission zusammen mit einigen Mitstreiterinnen ein Postulat durch: Der Bundesrat wird beauftragt, aufzuzeigen, wie die Nationalbank im Finanzsektor eine proaktive Rolle bei der Durchsetzung von Klimamassnahmen wahrnehmen kann.

Auch für Ryser ist Umweltbewusstsein eine Haltung, die man in alle Geschäfte tragen muss. Und: «Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik sind zusammen mit Sozialpolitik die grössten Hebel, um etwas in der Gesellschaft zu verändern. Das gilt auch bei Klimathemen», sagt sie. Weiter: «Für die Klimakrise sind vor allem ein paar wenige mit vielen Mitteln verantwortlich. Diese muss man dementsprechend in die Pflicht nehmen.»

So viel die beiden gemeinsam haben, es gibt auch Unterschiede. Weniger inhaltlich als im Auftritt.

### Eine Frage des Systems

Franziska Ryser steht inmitten der Klimajugend auf dem Bundesplatz. Sie ist im Gespräch mit einer jungen Frau aus St. Gallen, die beiden kennen sich von früher, sind ähnlich alt, haben ähnliche Werte. Aber die eine steht in Wanderschuhen, kurzen Hosen und mit Rucksack als Demonstrantin auf dem Platz, die andere in Hemd, Jackett und mit Aktentasche als Parlamentarierin. Es ist ein Aufeinandertreffen der Bewegung und der institutionellen Politik – eine Kreuzung zweier unterschiedlicher Wege mit dem gleichen Ziel.

Franziska Ryser stieg mit 21 Jahren eher zufällig in die Politik ein – als Lückenfüllerkandidatin für das St. Galler Stadtparlament auf der Liste der Jungen Grünen. Durch das überraschend gute Resultat rutscht sie bald nach. «Als ich kandidiert habe, hatte ich eigentlich keine grossen Ambitionen, institutionelle Politik zu betreiben. Als ich dann nachgerutscht bin, habe ich aber gemerkt, dass es mir doch Spass macht», sagt sie. «Und ich glaube, es fällt mir leichter, mich auf den Apparat – die Sprache, den Umgang, die Methodik – einzulassen als anderen meiner Generation.»

Die sechs Jahre im Parlament einer bürgerlichen Stadt haben sie geprägt, sagt sie. Zwar sei sie dezidiert links, im Auftritt aber weder radikal noch ideologisch. «Ich bin nicht der Typ, der hinsteht und die Faust macht.» Wenn jemand komplett anderer Meinung ist, reagiert sie weniger mit Empörung als mit aufrichtiger Verblüfftheit – als würde sie die Rechenaufgabe  $2 + 2$  vor sich haben und bemerken, dass ihr Tischnachbar auf 5 kommt. Oder auf minus 42.

Wo immer möglich versuche sie ihr Gegenüber zu verstehen, sagt Ryser. Sie hat keine Berührungsängste mit Menschen, die eine andere Weltanschauung haben. So teilt sie sich in Bern eine WG mit einem jungen SVPlar und einem Jungfreisinnigen. «Kompromisse zu finden, kann etwas sehr Befriedigendes sein», sagt sie.



Oben:  
Die beiden SP-Nationalrätinnen Mattea Meyer und Jacqueline Badran im Gespräch auf der Terrasse der Wandelhalle im Bundeshaus.

Unten:  
Mattea Meyer bei sich zu Hause in Winterthur.



Vertieft in ihre Arbeit:  
Mattea Meyer in  
der Wandelhalle des  
Bundeshauses.

## Die Bewegte

Mattea Meyer begann ihre politische Karriere, wie sie selbst sagt, in einer Partei mit Bewegungskarakter: bei den Jungsozialistinnen, unter denen ziviler Ungehorsam zum Repertoire gehört.

Als Vizepräsidentin der Juso Schweiz und Co-Präsidentin der Juso Kanton Zürich macht sich die junge Winterthurerin Anfang 20 mit Aktionen wie einem Hausbesuch bei «Abzocker» Daniel Vasella, dem damaligen Verwaltungsratspräsidenten der Novartis, einen Namen. Ein andermal protestiert sie gegen das Ausgehverbot für die Jugendlichen einer Gemeinde, indem sie aus Protest spätabends Würste grilliert.

Obwohl sie längst eine institutionelle Politikerin ist – Meyers Wurzeln sind bis heute spürbar. Noch immer macht sie keinen Hehl daraus, wie sehr die soziale Ungerechtigkeit dieser Welt sie empört, sie wütend macht. «Ich merke es bei mir selbst – wenn man nahe bei der Macht ist, ist die Verlockung gross, die Mächtigen nicht zu sehr vor den Kopf zu stossen. Aber wir werden nicht gewählt, um zu gefallen. Sondern um das Leben der Menschen zu verbessern. Dazu gehört, dass wir deutlich sagen: Das jetzige System beutet Mensch und Natur aus. Das soll nicht unsere Zukunft sein.»

Ihre klare Haltung und unmissverständliche Sprache bringen ihr manchmal selbst in den eigenen Reihen Kritik ein. Aber auch viele Fans. Egal ob Meyer nach einer Podiumsdiskussion von Jungsozialistinnen umschwärmt oder im Rat von bürgerlichen Parlamentariern angeblafft wird – sie begegnet allen Menschen auf Augenhöhe. Jenen, die zu ihr hochsehen, wie jenen, die sie gerne belächeln würden.

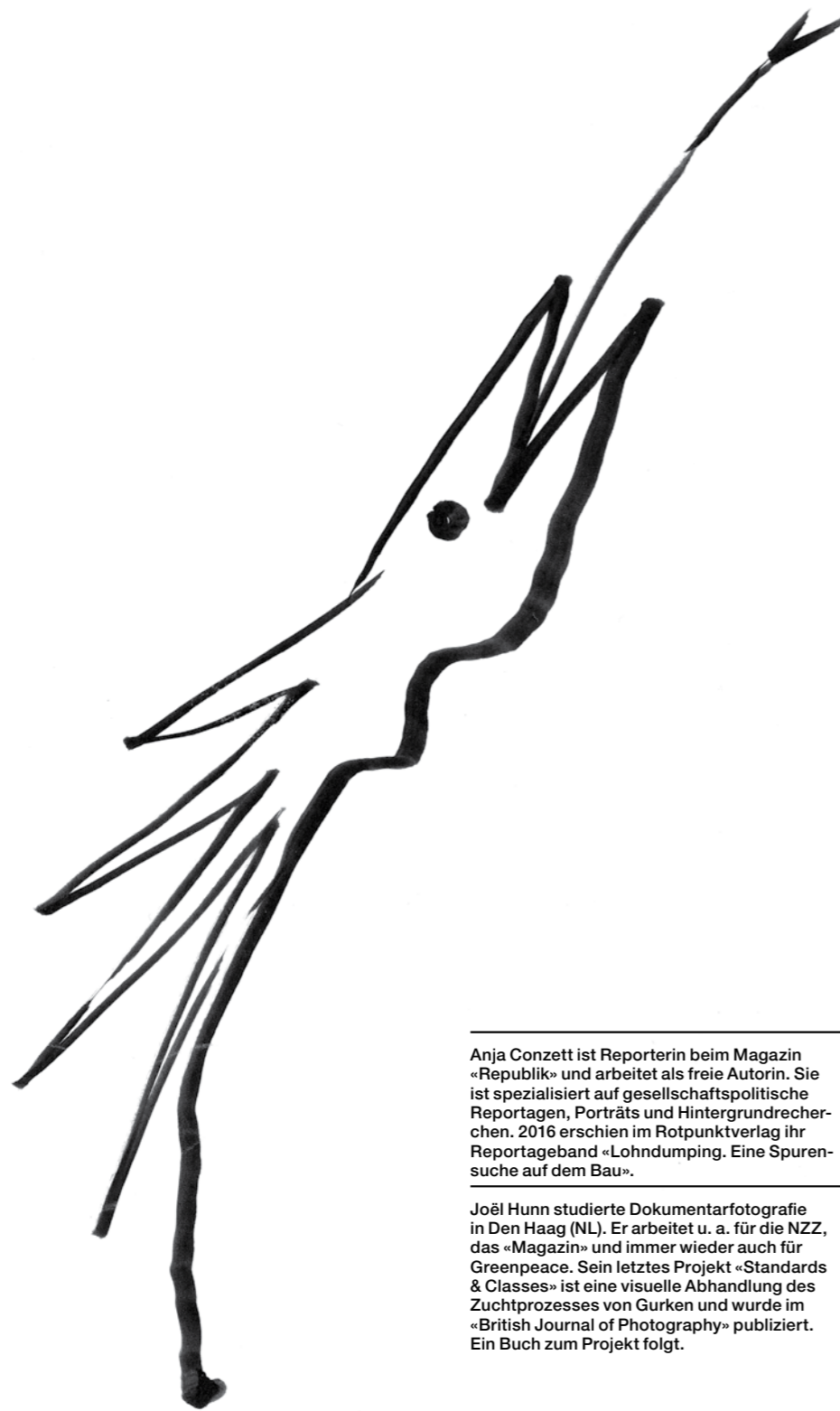
## Drinnen und draussen

Trotz der unterschiedlichen Charaktere und Werdegänge kommen Meyer und Ryser oft zu ähnlichen Schlüssen – auch wenn sie auf die Klimajugend auf dem Bundesplatz blicken: «Bewegungen sind ein wichtiger Motor in der Politik», sagt Meyer. «Ich verstehe auch die Vorwürfe der Klimajugend, dass es zu langsam geht. Aber damit wir wirklich etwas erreichen können, muss sich erst die Mehrheit im Parlament ändern – und auch wenn es besser ist als vor vier Jahren, wir sind immer noch keine Mehrheit.»

«Vor allem bei der Klimapolitik zeigt sich, wie wenig möglich war, bevor die Bewegungen kamen», sagt Ryser. «Es ist auch der Job der Bewegung, die institutionelle Politik zu kritisieren. Es dauert alles wahnsinnig lange hier drinnen. Aber als Politikerin darf man nicht nur das Ziel sehen – man muss den Weg dorthin finden.» Wenn Mattea Meyer und Franziska Ryser einander in der Wandelhalle begegnen, nicken sie sich freundlich zu.

Viel mehr hatten sie im Rat noch nicht miteinander zu tun. Und doch findet man sie an diesen zwei Tagen, an denen die Klimajugend auf dem Bundesplatz demonstriert, beide vor und im Bundeshaus: Auf dem Platz begeben sie sich als willkommene Gäste unter die Demonstrierenden – stellen sich Kritik, hören zu, bekunden Solidarität. Im Parlament kämpfen sie für die gleichen Anliegen, die jene draussen haben. Votum um Votum, Vorstoss um Vorstoss, Kompromiss um Kompromiss.

Nicht zusammen, aber miteinander.



Anja Conzett ist Reporterin beim Magazin «Republik» und arbeitet als freie Autorin. Sie ist spezialisiert auf gesellschaftspolitische Reportagen, Porträts und Hintergrundrecherchen. 2016 erschien im Rotpunktverlag ihr Reportageband «Lohndumping. Eine Spurensuche auf dem Bau».

Joël Hunn studierte Dokumentarfotografie in Den Haag (NL). Er arbeitet u. a. für die NZZ, das «Magazin» und immer wieder auch für Greenpeace. Sein letztes Projekt «Standards & Classes» ist eine visuelle Abhandlung des Zuchtprozesses von Gurken und wurde im «British Journal of Photography» publiziert. Ein Buch zum Projekt folgt.

Das steckt dahinter

## Frauenwahl

### 699 Jahre

Drei Männer aus Uri, Schwyz und Unterwalden besiegeln 1291 auf der Rütliwiese die Gründung der Eidgenossenschaft. So will es die Legende. Nach dem Rütli Schwur vergehen 699 Jahre, bis Frauen schweizweit die gleichen politischen Rechte haben wie Männer. Das Bundesgericht zwingt 1990 die letzte Bastion des Widerstandes – den Kanton Appenzell Innerrhoden –, das Frauenstimm- und -wahlrecht per sofort einzuführen.

Schon vorher nehmen die stimmberechtigten Männer 1971 nach jahrzehntelangem Kampf das Stimm- und Wahlrecht für Frauen auf Bundesebene in einer Volksabstimmung an. Im Oktober des gleichen Jahres gewinnen die Frauen 10 der 200 Nationalratssitze und 1 der 44 Ständeratssitze. Bei deren ersten Wahlen beträgt der Anteil der Frauen im Parlament nicht einmal 5 Prozent.

### 42%

Nach dem historischen Wahlsieg im Herbst 2019 machen Frauen in beiden Räten einen Sprung nach vorn. Im konservativ-männlich geprägten Ständerat erobern sie 26 Prozent der Sitze, im Nationalrat machen Frauen neu 42 Prozent aus. Die nationale Ebene lässt sich sehen, betrachtet man die Europäische Union: In deren Mitgliedsstaaten machen Parlamentarierinnen knapp 30 Prozent aus. Aber es gibt noch Luft nach oben: Beim Spitzenreiter Schweden liegt der weibliche Anteil bei über 47 Prozent.

### 1 Rückzugsort

Seit 2019 gibt es ein Ruhe- und Stillzimmer in der Nähe der Rats-säle. Das dafür zuständige Bundesamt schreibt: «Auch Kinder von Parlamentarierinnen haben offenbar Hunger, müssen gestillt und gewickelt werden.» 2018 brachte die grüne Nationalrätin Irène Kälin ihren dreimonatigen Sohn in den Nationalratssaal, um abstimmen zu können. Kurz darauf erschien auch ihre Kollegin Lea Steinle mit Säugling im Basler Grossen Rat und kassierte dafür einen Rauswurf. Das sorgte für so grossen Tumult, dass der Ratspräsident sie wenig später wieder reinliess, mitsamt dem kleinen Gast.

### 9 vs. 90

Seit 1848 sind erst 9 Frauen in den Bundesrat gewählt worden (und über 90 Männer). Die erste Bundesratskandidatin ist 1983 Lilian Uchtenhagen, die von der SP offiziell vorgeschlagen wird, aber gegen den SP-Sprengkandidaten der bürgerlichen Männer keinen Stich hat. Auch über einen Mann – ihren eigenen – stolpert die erste Bundesrätin Elisabeth Kopp (FDP), die 1984 gewählt wird. Anfang 1989 tritt sie zurück, nachdem sie ihren Gatten, einen Wirtschaftsanwalt mit Sitz in zwielfichtigen Verwaltungsräten, vor einer möglichen Strafuntersuchung telefonisch gewarnt hat. Eine weibliche Überzahl gibt es im Bundesrat erstmals 2010. Heute bilden 3 Frauen und 4 Männer die Landesregierung.

### 1:1

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit? In der Schweiz noch keine Selbstverständlichkeit, Frauen verdienen im Schnitt jeden Monat knapp 1500 Franken weniger als Männer. Nicht so Parlamentarierinnen: Unabhängig vom Geschlecht erhält jedes Ratsmitglied 26 000 Franken Jahreseinkommen, 33 000 Franken Spesenentschädigung und weitere 440 Franken pro Sitzungstag.

### 100 % Frauenpower

Wählen Frauen anders als Männer? Laut einer Analyse von Radio Télévision Suisse (RTS) haben Nationalrätinnen in der laufenden Legislaturperiode 10 Prozent der Ergebnisse entschieden. Vor allem Frauen aus der Mitte und der FDP stimmen deutlich ökologischer ab als ihre Parteikollegen. Zum Beispiel bei einer parlamentarischen Initiative von Beat Jans (SP) zum Schutz der Gewässer vor Pestiziden Ende 2019. Und beim Postulat von Samira Marti (SP) zu geschlechterspezifischen Einkommensunterschieden im Juni 2020: Fast alle Frauen der Mitte-Fraktion und ein Grossteil der FDP-Frauen befürworteten die Forderung. Praktisch alle bürgerlichen Männer waren dagegen.

Auch Volksabstimmungen an der Urne können Frauen entscheiden. Gemäss Vox-Analysen haben sie sich in den letzten 30 Jahren viel öfter durchgesetzt als Männer: «Unterschieden sich die Mehrheiten nach Geschlechtern, beeinflussten die Frauen elfmal das Resultat entscheidend, die Männer konnten sich nur dreimal durchsetzen. Vor allem bei genderspezifischen, gesellschafts- und sozialpolitischen Vorlagen stimmten die Frauen geschlossener ab und gaben so den Kurs vor», schreibt der Politikwissenschaftler Claude Longchamp. Beispiele dafür sind die Rassismusstrafnorm von 1994 und die Verhinderung des Grippe-Kampfs 2014.

Quellen: Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG); Bundesamt für Statistik (BFS); Parlament.ch; RTS: «Les femmes font basculer un vote sur dix au Conseil national» (1.9.2020); Republik: «Frauen machen den Unterschied» (18.2.2019).

Text: Marco Morgenthaler  
Bild: Anja Wille-Schori

# Eine nationale Initiative lancieren – mit Tipps von Sophie Fürst



Sophie Fürst ist Geschäftsleiterin des Vereins Klimaschutz Schweiz, des Trägervereins der Gletscher-Initiative. Gemeinsam mit vielen anderen engagierten Menschen hat sie die Initiative aufgebaut und am 27. November 2019 erfolgreich in Bern eingereicht.

## Idee für Initiative definieren

Eine möglichst konkrete Idee der Initiative oder bereits einen möglichen Initiativtext mit Varianten zu Papier bringen, um zu starten. Tipp von Sophie Fürst: Gespräche mit Personen, Organisationen und Institutionen führen, um Varianten zu prüfen, aber auch, um interessierte Unterstützer\*innen zu finden.

## Initiativkomitee mit 7 bis 27 Personen gründen

Die Mitglieder des Initiativkomitees müssen auf Bundesebene stimmberechtigt sein. Nach der Gründung weihen sie die Bundeskanzlei in ihr Vorhaben ein. Tipp von Sophie Fürst: Bei der Zusammensetzung des Initiativkomitees auf Diversität achten, sei das politisch, sprachlich oder geschlechtlich. Möglichst Mitglieder aus verschiedenen Regionen der Schweiz an Bord holen, damit das Komitee eine gewisse Breite abdeckt.

## Initiativtext in einer Amtssprache einreichen

Jetzt gehts ans Schreiben: Ein konkreter Initiativtext und ein einprägsamer Titel müssen her. Das Ergebnis legt das Initiativkomitee der Bundeskanzlei vor, und diese übersetzt es in die übrigen Amtssprachen. Bei positiver Rückmeldung müssen zudem noch die offiziellen Unterschriftenbogen vorgelegt werden. Tipp von Sophie Fürst: Die Formulierung des Initiativtextes auf keinen Fall unterschätzen und genügend Zeit dafür einplanen. Der Text darf nicht mit anderen Gesetzen in Konflikt kommen und muss hieb- und stichfest sein.

## 100 000 Unterschriften in 18 Monaten sammeln

Der positive Entscheid der Bundeskanzlei wird im «Bundesblatt» veröffentlicht und ist der Startschuss für die Sammelphase.

Tipp von Sophie Fürst: Schon vor dem offiziellen Unterschriftensammeln kann man mit einer Vorkampagne Personen ins Boot holen, die einem für die Sammelphase zum Beispiel vier Unterschriften zusichern. Plattformen wie Wecollect steigern zudem die Reichweite.

Hier mehr über die Lancierung der Gletscher-Initiative erfahren



Bild: © Isabel Truniger

# Kann? Darf? Muss?

Die Wissenschaft definiert die Klimaziele, doch ohne Politik lassen sich die Ziele nicht durchsetzen. Kann, darf oder muss die Forschung mehr Einfluss auf die Politik erhalten?

Autor: Christian Schmidt



Reto Knutti ist Professor für Klimaphysik an der ETH Zürich und einer der Leitautoren des vierten und fünften Berichts des Weltklimarats «Intergovernmental Panel on Climate Change».

Die Schweiz hat ein neues CO<sub>2</sub>-Gesetz; es ist besser als keines, aber nicht gut genug. Sind Sie als Wissenschaftler enttäuscht vom Parlament? Etwas enttäuscht, doch nicht erstaunt. Das Gesetz entspricht der politischen Realität, das heisst, es ist das Ergebnis langer Verhandlungen.

Aber sind Sie manchmal frustriert? Ab und zu. Ich habe zwei kleine Kinder.

Was glauben Sie: Kann, soll oder muss die Wissenschaft mehr Einfluss auf die Politik haben?



Valentine Python ist Klimatologin und Umweltwissenschaftlerin. 2019 wurde sie als Vertreterin der Grünen Partei in den Nationalrat gewählt.

## Wirtschaftliche Interessen haben Priorität.

Valentine Python

Was die Wissenschaft bezüglich Klimaschutz herausfindet, nimmt die Politik nicht wirklich ernst. Ihr Kommentar als Parlamentarierin?

Die bürgerliche Mehrheit in den beiden Kammern verhindert eine Politik, die dem klimatischen Notstand angemessen wäre. Wirtschaftliche Interessen haben immer noch oberste Priorität. Es scheint, als akzeptierten die meisten dieser Parlamentsmitglieder nur bedingt, dass die Belastungsgrenzen des Planeten erreicht sind – als liesse sich ihre Meinung mit einer wissenschaftlichen Tatsache vergleichen.

Also sollte die Wissenschaft mehr Einfluss auf die Politik erhalten?



# Das Rätsel rund um das Greenpeace-Magazin

1

Nahe welcher niederländischen Insel kletterten Greenpeace-Freiwillige auf eine Bohrinself?

K

Schattebout

E

Schiermonnikoog

S

Schaakbord

2

Was bildet den neuen Treffpunkt der Zürcher Klimabewegung?

B

Ein Bootshaus

J

Ein Zelt

Q

Ein Pavillon

3

Welche Tiere zogen am 23. September durch Bern?

U

Affen

C

Dinos

M

Hippos

4

Welchem Gericht liegt aktuell die Klage der Schweizer KlimaSeniorinnen vor?

Z

Dem Amerikanischen Gerichtshof für Klimarechte

O

Dem Asiatischen Gerichtshof für Umweltrechte

A

Dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

5

Wie viele Bundesrätinnen gab es in der Schweiz bis heute?

L

9

F

90

R

19

6

Was müssen die Mitglieder eines Initiativkomitees sein?

G

Männlich

I

Stimmberechtigt

P

Pensioniert

7

Um wie viel Prozent hat sich das Volumen der Alpengletscher seit Mitte des 19. Jahrhunderts verkleinert?

N

30 %

T

60 %

V

80 %

8

Wie heisst der Schweizer Konzern, dem weltweit 122 Fälle von Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverletzung nachgewiesen wurden?

W

Nestlé

D

Glencore

Y

LafargeHolcim

Bild: © Greenpeace



Lösungswort:

Wir verlosen fünf Greenpeace-T-Shirts. Die Shirts sind hochwertig verarbeitet und aus 100% Biobaumwolle – konsequent biologisch, vom Stoff bis zu den Nähten. Für ein angenehmes Tragegefühl und lange Haltbarkeit.

Senden Sie das Lösungswort inklusive Ihrer Adresse und der gewünschten Grösse (S/M/L) bis zum 15. Februar 2021 per E-Mail an [redaktion@greenpeace.ch](mailto:redaktion@greenpeace.ch) oder per Post an Greenpeace Schweiz, Redaktion Magazin, Stichwort Ökorätsel, Postfach, 8036 Zürich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Über die Verlosung wird keine Korrespondenz geführt.

Bild: © Iris Menn

## Schlusswort

## Die Disruption als Chance für die Klimapolitik

Und plötzlich ist es möglich: Politiker\*innen hören wissenschaftlichen Empfehlungen zu und geben ihnen Gewicht in ihrer Entscheidungsfindung – mehr sogar, sie folgen den Ratschlägen der Wissenschaftler\*innen. Der disruptive Moment der Corona-Krise, die akute und nahe Gefahr, durchbricht bestehende Muster des üblichen politischen Handelns, das wir im Klimaschutz seit Jahrzehnten (schmerzvoll) erleben. Wissenschaftliche Empfehlungen werden missachtet, wirtschaftliche Interessen sitzen am längeren Hebel, und der Klimaschutz und damit das Gemeinwohl stehen hinten an.

Fünf Jahre nach dem Klima-Abkommen von Paris hätte in Glasgow bei der Klimakonferenz in diesem Jahr eine Bestandsaufnahme gemacht und die vereinbarten Emissionsziele nachgebessert werden sollen. Die Verschiebung von Glasgow ist ein Rückschlag, denn die Klimaerwärmung macht während der Corona-Krise keine Pause. Auch wenn die globalen Treibhausmissionen momentan stark zurückgehen. Abwarten ist keine Option. Unsere Ambitionen im Klimaschutz dürfen wir nicht schmälern. Vielmehr sollten wir die Krise und den Bruch des Musters im üblichen politischen Handeln als Chance nutzen. Sie liegt auf dem Silbertablett vor uns. Ganz konkret ist die Politik gefordert, beim Ankurbeln der Wirtschaft die Massnahmen in Einklang mit einem konsequenten Klimaschutz zu bringen. Und wie wäre es, eine Auseinandersetzung mit Empfehlungen eines Wissenschaftsrates verbindlich in der zukünftigen Klimapolitik zu verankern?

Muster zu durchbrechen, auszuscheren, braucht Kraft und Mut. Beides wird uns allen, auch jeder Politikerin und jedem Politiker, geschenkt. Öffnen wir unseren Blick auf die mögliche Veränderung und eine Zukunft, in der wir unsere Lebensgrundlagen bewahrt haben.



Iris Menn  
Geschäftsführerin  
Greenpeace Schweiz

## Und jetzt?

Sofern am 31. Dezember um Mitternacht die Smartphones nicht plötzlich den 32. Dezember anzeigen (mal ehrlich, wen würd's wundern?), lassen wir 2020 bald hinter uns. Trotz alledem hat uns das Corona-Jahr einiges gelehrt, was man auch 2021 beibehalten sollte:

## Über den Wolken ...

... muss die Freiheit wohl grenzenlos sein. Aber für Hochgefühle hat auch das wiedereröffnete Stammcafé gesorgt. Das neu entdeckte Spazieren. Der Gump in den Bergsee. Wieso im Sommer 2021 nicht auch nach Adelboden fahren, statt nach Alicante zu fliegen?

## Ebony and ivory ...

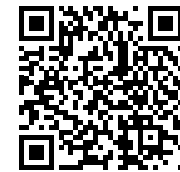
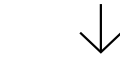
... live together in perfect harmony. Die Tiere haben sich, während wir zu Hause sassen und abwarteten, ihren Lebensraum zurückgeholt. Und das sollen sie auch. Für 2021 müssen wir uns deshalb vornehmen, wieder etwas mehr in Harmonie mit den Tieren zu leben, die schon vor uns da waren.

## I want to ride my bicycle ...

... I want to ride my biiiiike. Corona ist da, und plötzlich holen alle ihre verstaubten Drahtesel aus dem Keller. Jetzt 2021 nur nicht wieder dorthin zurückstellen, sondern sich schön weiter die Seele aus dem Leib strampeln. Bringt stramme Wädli und gesunde Umwelt in einem.

## Ein belegtes Brot mit Schinken ...

... ein belegtes Brot mit Ei – braucht es 2021 echt nicht mehr so oft. Dank Corona kann keine\*r mehr behaupten, der Zusammenhang zwischen Pandemien, Zoonosen und Massentierhaltung sei unklar. Ergo: Keine Ausreden mehr, 2021 greifen wir öfter zum Gemüsebrötli.



Empfangsschein / Récépissé / Ricevuta

Einzahlung für/Versement pour/Versamento per

GREENPEACE

Greenpeace Schweiz  
Badenerstrasse 171  
8036 Zürich  
Konto/Compte/Conto 80-6222-8  
CHF

Einbezahl von/Versé par/Versato da

Die Annahmestelle  
L'office de dépôt  
L'ufficio d'accettazione

Einzahlung Giro

Ja, ich spende:

☐ CHF 50.- ☐ CHF 70.- ☐ CHF 100.- ☐ CHF

Zahlungszweck (bitte bei Online-Überweisungen angeben): Mag204

202

Versament Virement

Versamento Girata

Einbezahl von/Versé par/Versato da

☐ Frau ☐ Herr ☐ Familie ☐ Frau und Herr

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

04.2019

800062228>  
800062228>



«NEIN, DIE FROSCHUNG  
BEEINDRUCKT MICH NICHT, ES  
GAB SCHLIESSLICH SCHON  
IMMER KÄLTERE UND  
WÄRMERE ZEITEN!»

HESS

100°



GWA GWA!  
BLA BLA!

WENN MAN SIE INS HEISSE  
WASSER  
STELLT,  
SPRINGEN  
SIE SOFORT  
WIEDER  
HERAUS.

WENN MAN HINGEGEN EINEN  
FROSCH NIMMT UND  
IHN INS KALTE  
WASSER  
TUT...



...UND DIESES  
WASSER  
LANGSAM  
ERWÄRMT,  
MERKT DER  
FROSCH  
NICHT, DASS  
ES WÄRMER WIRD  
UND BLEIBT  
IM WASSER,  
BIS ER AM  
SCHLUSS  
VERKOCHT. »



GIROD



**AZB**

CH-8036 Zürich

PP/Journal

Post CH AG



Harald Naegelis Strichfiguren prägen das Stadtbild von Zürich, er ist als Sprayer weltbekannt. Und auch mit seinen 81 Jahren scheint sich der Künstler noch auf nächtliche Graffiti-Ausflüge zu begeben: Während des Corona-Lockdowns im Frühling erschienen in ganz Zürich neue Sensemännlein, die eindeutig aus der Dose von Naegeli stammen dürften. Im Juli 2020 erhielt er vom Zürcher Stadtrat den Kunstpreis für sein Lebenswerk.